

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Preis: 1.00 M. monatlich, 3.00 M. vierteljährlich, 12.00 M. jährlich. Durch die Post bezogen monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.50 M., jährlich 12.00 M. ohne Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolausstr. 11. Fernruf Nr. 5915, 5916, 5917. - Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Nassau 20 Pf., Rheinlande 1.-M.; außerhalb 30 Pf., Rheinlande je 1.20 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 72

Mittwoch, 12. Februar 1919.

73. Jahrgang.

Rücktritt der Revolutionregierung.

Nach der Annahme des Gesetzes über die vorläufige Reichsverfassung, das sofort in Kraft tritt, erklärte der Volkskommissionar Scheidemann:

Nachdem die Nationalversammlung die vorläufige Reichsverfassung verabschiedet hat, ist die geschichtliche Mission, die uns als vorläufige Regierung anfallen war, beendet. Wir legen die Macht, die wir von der Revolution empfangen haben, in die Hände der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung beauftragt die Volkskommissionar, die Regierung nach einige Tage weiterzuführen, bis das neue Reichsministerium gebildet ist.

Das neue Reichsministerium.

Nach langen Verhandlungen ist am Montag endlich über die Besetzung des Kabinetts eine Verständigung zwischen der Sozialdemokratie, der Deutschen demokratischen Partei und dem Zentrum erzielt worden, nachdem die Mehrheitssozialisten auf den Vorschlag des Präsidenten der Nationalversammlung ausnahmsweise verzichtet hatten. Gerade auf diesen Posten hatte das Zentrum besonderen Wert gelegt. Nunmehr ist folgendes besetzt worden:

Reichspräsident: Ebert.
Ministerpräsident: Scheidemann.
Reichsamt des Innern: Staatssekretär Dr. Preuß (Demokr.).

Außenminister: Graf Brockdorff-Rantzau.
Reichsfinanzminister: Siffer (Demokr.).
Reichsminister des Innern: Kossel (Soz.).
Reichsminister des Reichswirtschafts: Landshöfer (Soz.).
Reichsminister des Reichswirtschafts: Bauer (Soz.).
Reichsminister des Reichswirtschafts: Müller (Soz.).

Bischoff und Dr. David bekommen Staatssekretariate für den Reichswirtschafts- und Reichswirtschaftsamt. Die Wirkung beim Friedensschluss andererseits. Vom Reichswirtschaftsamt soll ein Amt für Sozialisierungstragen abgetrennt werden; dieses Amt ist der Deutschen demokratischen Partei vorbehalten. Ferner soll ein Ministerialdirektor der deutschen demokratischen Reaktion anstelle des bisherigen Unterstaatssekretärs Dr. David in das Amt des Reichswirtschaftsamt übernommen werden und ein weiteres Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsamt werden. Dem Zentrum werden zufallen: das Reichsamt des Reichswirtschaftsamt und das Reichsamt des Reichswirtschaftsamt, in denen die Spitze wirtschaftlich der Wirtschaftsverwaltung werden. Erzbischoff soll ein Staatssekretariat für den Reichswirtschaftsamt erhalten. Das Ministerialdirektor, das dem Zentrum gemacht worden ist. In die Besetzung des Reichswirtschaftsamt der Nationalversammlung.

Insgesamt erhalten also die Sozialdemokraten sieben Ministerposten und die Deutsche demokratische Partei und das Zentrum zusammen ebenfalls sieben, sodass die Gesamtzahl der Reichsministerstellen vierzehn beträgt.

Die preußische Verfassung.

Der Verfassungsentwurf für Preußen, im Ministerium des Innern fertiggestellt, wird noch in dieser Woche dem Reichspräsidenten vorgelegt und dann der konstituierenden Landesversammlung unterbreitet werden, deren Einberufung noch im Laufe dieses Monats mit Sicherheit erfolgen dürfte. Die die Politisch-Parlamentarischen Nachrichten hören, sieht der Entwurf das Einmänneramt und einen besonderen Staatspräsidenten vor. Er ist auf breiter Grundlage aufzubauen und enthält alle die Bestimmungen, die die Gewähr dafür bieten, dass die Regierung das ausführende Organ des Willens des Volkes ist. Nachdem die preussische Regierung ein demokratisches Gemeinwohlrecht erlassen hat, hat sie nunmehr den Entwurf eines Gesetzes zu den Wahlen für die Kreisräte vorbereitet. Der Entwurf räumt mit allen Vorrechten, insbesondere mit denen des Grundgesetzes, auf und gewährt eine Demokratisierung der Kreisämter und Kreisräte. Es das Gesetz im Verordnungswege erlassen oder aber der Landesversammlung unterbreitet wird, darüber ist noch kein Beschluss gefasst.

Bayern und die Reichseisenbahnen.

Der bayerische Verkehrsminister v. Frauendorfer trat in der Sitzung des Landesverkehrsrates dem Gedanken der Übernahme der gesamten Verwaltung aller deutschen Eisenbahnen auf das Reich mit Entschiedenheit entgegen. Das deutsche Eisenbahngesetz sei zu groß, um von einer Stelle aus übersichtlich geleitet zu werden. Die Verkehrsbehörden der einzelnen Landesteile könnten nicht berichtigt werden.

Eichhorn nimmt sein Mandat an.

Nach einer Mitteilung des Wahlkommissars für den Wahlkreis Berlin ist die Annahmeerklärung des zum Abgeordneten zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung gewählten Redakteurs Emil Eichhorn fruchtlos dem Wahlkommissar eingereicht worden. Die vom Wahlkommissar an den Gewählten gerichtete Aufforderung war am 28. Januar ex. bei der Postanstalt NO. 18, Platenberger Straße 19, niedergelegt worden. Bekanntlich ist gegen Eichhorn ein Haftbefehl erlassen. Es fragt sich, ob ihn die Eisenbahn als Abgeordneter vor der Verbannung schützt.

41 französische Generäle gefallen.

Nach einer im „Progrès de Lyon“ veröffentlichten Mitteilung des Kriegsministeriums sind im Kriege 41 französische Generäle gefallen.

Eine Rede Clemenceaus.

Grundlose Befürchtungen.

DZ. Paris, 10. Febr. (Havas.)

Ministerpräsident Clemenceau gab einem Vertreter der Associated Press folgende Erklärungen: Ich habe gesagt, daß der Krieg gewonnen sei. Es ist vielleicht zu viel gesagt, wenn man sagt, es sei eine Pause im Sturm eingetreten, aber man muß alle Möglichkeiten ins Auge fassen. Neuerdings gemachte Enthaltungen geben mir Gelegenheit, in die Pläne des Feindes hineinzusehen, besser, als man früher vermochte. Sowohl in kommerzieller, als auch in industrieller Hinsicht mocht sich eine tief angelegte Verstärkung zur Verstärkung bemerkbar, ebenso auch in militärischer Hinsicht. Es ist schwer, die Industrie Frankreichs wieder ins Leben zurückzurufen. Deutschland dagegen hat alle seine Werke in Ordnung halten können und kann sie sofort in Betrieb setzen. In kommerzieller und industrieller Hinsicht ist bei dem Kampf zwischen Deutschland und Frankreich Deutschland der Sieger geblieben. Was die Finanzen anbelangt, so sind die deutschen Kriegsschulden infolge der Blockade ausschließlich inländische, deren Zahlung leicht verweigert werden kann, während Frankreich seine Schulden bezahlen muß. Die Guthaben, die Frankreich vor dem Kriege im Ausland gehabt hat, belaufen sich auf 50 bis 60 Milliarden, von denen im schlimmsten Falle zwei Drittel nachträglich wieder hereinkommen können. Was die militärische Lage angeht, so hat die gegenwärtige Lage gemäß etwas beruhigendes. Die Alliierten haben allerdings die deutsche Marine fast vollständig und den Feind erzwungen. Es bleibt noch das zerstückte Rußland, woher die Deutschen Hilfe beziehen können. Wenn die englische Armee demobilisiert und die amerikanischen nach den Vereinigten Staaten zurückkehren, so steht Frankreich isoliert da und dann könnte die Gefahr entstehen, daß Deutschland den Streit mit Waffengewalt wieder aufnimmt. Dies würde große Beunruhigung hervorrufen, wenn nicht Präsident Wilson seine Zustimmung gegeben hätte. Alle unsere Pläne basieren auf der absoluten Grundlosigkeit, die Wilson angeht und auf seine Prinzipien gegründet hat. Wir machen keine künstlichen Aspirationen und wir setzen unser ganzes Wissen und Können zur Schaffung einer besseren Welt ein, damit die ganze Menschheit in Gerechtigkeit leben kann.

Eine Note Korfants.

WTB. Berlin, 10. Febr.

Durch die am 7. Febr. in der Presse bekannt gegebene Mitteilung ist dem Obersten polnischen Volksrat gegenüber die Einstellung aller Kampfhandlungen an die Vorbedingung geknüpft worden, daß keine bewaffneten Formationen im reichsdeutschen Gebiet verbleiben dürfen. Daraus ist der preussische Regierung heute nachstehende Antwort des Obersten polnischen Volksrats zugegangen:

Aus allgemeinen Menschlichkeitsgründen haben wir Ihnen Einstellung von Gefangenen und Repressalien, Einstellung von Post- und Gasstationen und schließlich auch Vermeidung unnötigen Blutvergießens Einstellung von Kampfhandlungen vorgeschlagen. Wir haben gleichzeitig niemals den Standpunkt verlassen, daß wir der Entscheidung des Friedenskonferenzen nicht vorzuziehen wollen. Unsere Bewegung war ein elementarer Protest des Volkes gegen jahrhundertelange Unterdrückung, gegen Nichtanerkennung von Ausnahmestellungen und Nichtabberufung von befristeten Beamten sowie gegen Grenzveränderungen Grenzübergängen. Während unserer Berliner Verhandlungen bewiesen Sie volle Gerechtigkeit zum Abschluss von Waffenstillstands- und weiteren Verhandlungen. Entgegen den getroffenen Vereinbarungen machen Sie den Abschluss einer Waffenruhe abhängig von der Auflösung unserer bewaffneten Formationen. Wir lehnen diese Forderung ab. Unsere Formationen sind ein Schutz unserer Heimat gegen bis zum Tode Grenzübergänge und Heimat und eventuelle Kampfgruppen gegen russische Volkskrieger. Wir weisen Ihnen alle Verantwortlichkeit für ferneres Blutvergießen zu und rufen die gesamte männliche Bevölkerung zur Verteidigung von Weib, Kind, Haus und Herd auf.

Oberster polnischer Volksrat.
(gez.) Korfants.

Schlesischer Heeresbericht vom 9. Februar.

W.T.B. Klingen, 10. Febr. (Durch Funkpruch.)

Auch am 8. Februar und in der Frühe des 9. Februar setzte der Gegner mit starken Kräften seine Veruche fort, das ihm entzogene Idunn wieder zu nehmen. Vorübergehend eindringend, warf ihn der Gegenangriff der vierten Kompanie des Infanterieregiments Nr. 51, unterstützt durch Artillerie, bis in den 2 Kilometer nordwestlich Idunn liegenden Wald zurück. Der Angriff des Infanterieregiments Nr. 51 hat sich in diesen beiden Tagen besonders bewährt. Eine anderer Erkundungsabteilung vom Jägerbataillon Nr. 6 rief von Kempen aus bis 8 Kilometer südlich Schilburg vor und brachte dem Gegner Verluste bei und nahm ihm Gefangene ab, woraus sie beschließend wieder in ihre Ausgangsstellung zurückging.

Der westdeutsche Freistaat.

(Einsendungen aus dem Westertreffe.)

Als der Spartakus-Putsch in Berlin in voller Blüte stand, konnte man im Jörn über dies Treiben und die Unfähigkeit der regierenden Männer, ihm Einhalt zu tun, auf den Gedanken kommen: Wenn das so weiter geht, so trennen wir uns von den Verwirrern und bilden in unserer Heimat eine besondere Republik.

Aber diese aus unmutiger Stimmung geborenen Gedanken konnten erster Prüfung nicht Stich halten.

Ueber das Ende der Gegenwart hinweg müssen wir den Blick auf die Zukunft richten, auf das Schicksal unserer Kinder und Kindeskinde. Wir dürfen und müssen hoffen, daß ihnen aus den Irrungen und Wirrungen der Gegenwart glücklichere Tage erwachsen werden. Das ist aber nur möglich, wenn wir ihnen unter deutschem Vaterland in fester Geduldsheit und Kraft erhalten, als einen Staat mit möglichst harter Neutralität. Wenn man dies Ziel anerkennt, so verheißt sich nicht, wie man seitens Derrons an die Verhältnisse irgend eines bisher einheitlichen Teiles Deutschlands herantreten kann. Wir sehen doch auch, daß man, mit gutem Grund, bemüht ist, die bisherigen Zwerggebilde zu größeren nationalen Einheiten aufzusuchen. Und da soll Preußen, das bisherige harte Rückgrat des Reiches, durch Teilung geschwächt werden? Jeder derartige Versuch muß notwendig zur Schwächung des Reiches führen und ist schon aus diesem Grunde zu verwerfen. Wenn man sagt, daß der preussische Staat aus vertriebenen Teilen bestehe die nur durch die Danksagung zusammengehalten worden seien, so kann ich das nicht zugeben. Ich habe annähernd 10 Jahre lang dem Abgeordnetenhaus angehört und in dieser Zeit die Ueberzeugung erlangt, daß, von den Polen, Dänen und einigen Sozialdemokraten abgesehen, ausschließlich der Gedanke mächtig war, daß wir in dem Einheitsstaate Preußen die starken Grundlagen gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Gedankens für alle Teile besitzen.

Deshalb ist jeder Versuch, Preußen aufzulösen, mit voller Schärfe zu bekämpfen.

E. Steber,
Geheimer Rat.

Ihrer Aufforderung, mich zu den von Ihnen in Nr. 50 der „Wiesbadener Zeitung“ aufgeworfenen Fragen zu äußern, komme ich gern im Folgenden nach:

1. Die Einheit einer Vorkriegszeit, d. h. der einheitliche Wille, ist um so eher herzustellen und zu betätigen, je kleiner die Anzahl der Einzelmitglieder ist. Es wurde an Bismarcks Schöpfung schon von Joh. Scherr, Deutsche Kulturgeschichte) getadelt, daß zuviel Kleinststaaten bestehen geblieben seien. Wenn, wie wir hoffen, mit denen jetzt gründlich anfangen wird, so sollten wir den damit verbundenen Vorteil nicht wieder ganz oder auch nur teilweise dadurch zunichte machen, daß wir einen großen Staat verschlagen.

2. Nach außen hin würde die Teilung Preußens die Wirkung haben, daß ein kraftvolles Auftreten nicht so schnell und leicht zu ermöglichen wäre, als wenn ein wirklich führender Staat den Kern des Reiches bildete. Im Innern kann zwar eine Teilung insofern von Vorteil sein, als jeder Teil ganz der Eigenart seiner Bevölkerung entsprechend sich entwickeln kann. Doch dies geschieht und geschieht schon bisher vermöge der Selbstverwaltung, die, wenn nötig, noch weiter ausgebaut werden kann.

Wirtschaftlich würde die Teilung außerordentlich schaden ganz besonders dadurch, daß der Austausch der ganz verschiedenen Erzeugnisse jedes Landesteils gehemmt werden würde.

3. Eine etwa nicht zu hindernde Teilung muß unter Bedingungen erfolgen. Die jeden Teil seinen festen Wurzeln haben im Reich finden läßt, so daß er nicht geneigt ist, sich an das Ausland anzulehnen. Was der Volksteil bisher in Preußen fand, müßte ihm das Reich bieten. Ferner müßte die Teilung so geschehen, daß nicht ungleichartige Volksteile in einem Staate vereinigt würden, z. B. nicht Nassauer und Rheinländer mit Niederdeutschen, denn die persönliche und wirtschaftliche Gemeindegerechtigkeit würde durch die im kleineren Staate zwingender werdende Berührung mit wesensfremden Volksgenossen leiden.

4. Die Stellungnahme zu dieser Frage bleibe den Sachleuten überlassen.

5. Der Deutsche stimmt mit seinem „Verein“, seiner Partei, er läßt sich durch ihn leicht bestimmend beeinflussen, was auf politischem Gebiete um so leichter der Fall ist, als der Deutsche politisch im allgemeinen nicht sehr reif ist. Der Einzelwille geht dann aber im Parteiwillen unter; auch kann dies zur Verwirrung führen, wenn jemand mehreren Vereinigungen angehört, deren Zwecke und Absichten verschieden sind. Woher kommt des Einzelnen Meinung zum Ausdruck, wenn er selbst gefragt wird und Farbe bekennen muß?

Berechtigte Forderung der deutschen Techniker.

Die in Eisenach stattgehabte Reichstagung der deutschen Techniker, die von zahlreichen Vertretern technischer Verbände und Vereine und staatlicher Behörden aus allen Teilen des Reiches besucht war, richtete an die Nationalversammlung in Weimar folgende Entschliessung:

„Die aus allen deutschen Gauen zur Tagung der deutschen Techniker in Eisenach zusammengekommenen Vertreter der technischen Berufsklassen erboten der deutschen Nationalversammlung in Weimar ihren Gruß. Der Wiederaufbau des nationalen und wirtschaftlichen Lebens ist nur mit Hilfe der deutschen Technik möglich. Sie fordert deshalb im Interesse des Landes ihre Heranziehung zur entscheidenden Mitarbeit im Staatsleben, die ihr bisher zum Schaden der Allgemeinheit verweigert wurde.“

